

abgelehnt von SPD und CDU

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sachstandsbericht: Umsetzung der flankierenden Maßnahmen zur A100

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, einen Bericht zum Stand der Umsetzung der folgenden vom SPD-Parteitag im Juni 2010 beschlossenen und in den Koalitionsvertrag des rot-schwarzen Senats eingeflossenen Maßnahmen vorzulegen:

1. Zur Erarbeitung eines Konzepts gegen den Durchgangsverkehr in Berlin, verbunden mit einer Liste von konkret zu benennenden Straßen die Verbindungsachsen sind und zurückgebaut werden sollen,
2. zur kurzfristigen Einführung der Parkraumbewirtschaftung mindestens auf den Stand des StEP 1, der Einrichtung und Ausweitung von Parkraumbewirtschaftungsbereichen zur Umsetzung gesamtstädtischer Verkehrsplanung sowie um die Parkraumbewirtschaftung generell weiter zu entwickeln,
3. zur weiteren Einführung von Tempo 30-Strecken auf Hauptverkehrsstraßen,
4. zu zielführenden Maßnahmen zur Verringerung des Individualverkehrs zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs,
5. der bereits in Arbeit befindlichen Stellplatzverordnung,
6. zur Möglichkeit, den Bau von Parkhäusern nur dann zu bewilligen, wenn gleichzeitig Parkplätze im öffentlichen Raum reduziert werden,
7. zur verstärkten Geschwindigkeitsüberwachung,
8. des Lärminderungsplans, inklusive von Erkenntnissen aus allen Konzeptgebieten und -strecken,
9. zur effektiven und effizienten Lärmdämmung an allen Autobahnabschnitten durch Nutzung des Bundesprogramms zur Lärmsanierung an Bundesstraßen, inklusive einer

Auflistung wann an welchen Autobahnabschnitten die Lärmsanierungsmaßnahmen beginnen, für welche Abschnitte Finanzierungszusagen vorliegen und wann die Arbeiten abgeschlossen sein werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2012 zu berichten.

Begründung:

Bündnis 90 /Die Grünen hält die Verlängerung der A100 zum Treptower Park (16. Bauabschnitt) und die darüber hinaus geplante Verlängerung zur Frankfurter Allee (17. Bauabschnitt) aus verkehrlichen, stadtentwicklungspolitischen, ökologischen, gesundheitlichen und finanziellen Gründen für falsch und schädlich und lehnt sie daher ab.

Die behauptete Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr wird durch die Verlängerung der A100 nicht möglich, weil der Verkehr am Ende des 16. Bauabschnitts direkt in die Innenstadt geleitet wird. Weiterhin sind zusätzliche Verkehre, die auf der bestehenden A100 die Innenstadt umfahren sollen, aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Die verkehrlichen und städtebaulichen Probleme des 17. Bauabschnitts sind nicht ansatzweise gelöst.

Daraus ergibt sich, dass eine Verlängerung der A100 zwar enorme Steuergelder verschlingen wird, aber die in sie gesetzten Ziele nicht erfüllen kann.

Der Regierende Bürgermeister hat mit knapper Mehrheit auf dem SPD-Parteitag im Juni 2010 einen Beschluss für den Weiterbau der A100 zum Treptower Park erreicht. Dieser Beschluss beinhaltet auch die Zusicherung einer ganzen Reihe von den Bau der A100 flankierenden verkehrspolitischen Maßnahmen, die zum größten Teil schon im Stadtentwicklungsplan Verkehr enthalten waren, aber bis heute nicht umgesetzt wurden.

Auch der rot-schwarze Senat hat sich in seinem Koalitionsvertrag zur Verlängerung der A100 zum Treptower Park bekannt, wenn die erforderliche Rechtssicherheit gegeben ist. Im Koalitionsvertrag sind mit dieser Autobahnverlängerung ebenfalls eine Reihe von Komplementärmaßnahmen untrennbar verbunden.

Da der rot-schwarze Senat nichts unversucht lässt, um dieses enorm teure, aber unsinnige Großprojekt voranzutreiben und anscheinend davon ausgeht, die gegen den Planfeststellungsbeschluss anhängige Klagen zu gewinnen, sowie die Freigabe der notwendigen Finanzmittel vom Bundesverkehrsministerium zu bekommen, besteht die Notwendigkeit, die untrennbar mit diesem Großprojekt verbundenen Komplementärmaßnahmen ebenfalls zu realisieren.

Dem Abgeordnetenhaus ist zwar der aktuelle Realisierungsstand des 16. Bauabschnitts der A100 bekannt, aber der aktuelle Stand der mit diesem Projekt untrennbar verbundenen Komplementärmaßnahmen ist weitgehend unbekannt.

Daher fordern wir den Senat auf, hierzu einen Bericht vorzulegen, um daraus dann die notwendigen weiteren Maßnahmen festlegen zu können.

Berlin, den 18. September 2012

Pop Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen